

Haushaltsrede der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf *Ratssitzung, 21. Mai 2026*

Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,

mit der heutigen Beschlussfassung über den Haushalt 2026 und 2027 schließen wir die wohl wichtigste Phase im Jahreskalender des Stadtrates. Die Beratung und die Vorbereitung umfassen dabei einen immensen Aufwand auf allen Ebenen. Und wie wir alle wissen: Diese komplexe Aufgabe ist keineswegs einfach und bedarf Wochen und Monate der Arbeit. Deshalb lassen Sie mich mit einem Dank beginnen.

Lieber Herr Hafers,

im Namen der CDU-Fraktion danke ich Ihnen und Ihrem gesamten Team der Kämmerei ganz herzlich. Nicht nur für die Erarbeitung des Haushaltsentwurfs, sondern für die Art, wie Sie uns durch diesen Prozess geführt haben. Für die Workshops, für Ihre Präsenz auch spät abends und an Wochenenden, wenn wir Fragen hatten. Für die Beantwortung der Fragen – schriftlich, präzise und mit einer Offenheit, die keine Selbstverständlichkeit ist. Nur mit dieser Unterstützung können wir als Fraktionen Konzepte entwickeln, Ideen diskutieren und die bestmöglichen Entscheidungen für die Menschen in Alsdorf treffen. Hierfür herzlichen Dank!

Herr Bürgermeister,

auch Ihnen möchte ich ausdrücklich danken. Sie haben in den vergangenen Wochen und Monaten unzählige Gesprächsangebote gemacht, Fraktionen zusammengebracht, vermittelt, erklärt und mit Geduld für Einigung geworben. Das hat diesen Prozess möglich gemacht.

Und ich danke den Kolleginnen und Kollegen von SPD und FBA. Wir waren in den vergangenen Wochen nicht immer einer Meinung. Wir haben gerungen, verhandelt und nach gemeinsamen Wegen gesucht. Aber wir haben miteinander geredet – und

am Ende haben wir einen gemeinsamen Weg gefunden. Das ist das, was demokratische Verantwortung ausmacht: nicht immer recht haben wollen, sondern gemeinsam handlungsfähig zu bleiben. Das ist nicht selbstverständlich. Das ist das Ergebnis von Arbeit und Kompromissbereitschaft.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie mich direkt sein. Denn dieser Haushalt verdient keine Schönfärberei.

Die Fachämter dieser Stadt haben im Sommer 2025 ihre Vorschläge eingereicht und das Ergebnis nach Konsolidierung: ein verbleibendes strukturelles Defizit von 87 Millionen Euro für die Jahre 2026 bis 2030. Das Eigenkapital der Stadt, das nach dem Jahresabschluss 2024 noch 36,24 Millionen Euro betrug, wird ohne entschiedenes Gegensteuern in wenigen Jahren vollständig aufgezehrt sein.

Dieser Haushalt ist formal ausgeglichen. Aber das bedeutet nicht, dass er inhaltlich gesund ist. Wir kaufen uns heute Zeit – mit dem Eigenkapital unserer Stadt. Und das muss allen klar sein: Denn jedes Jahr wird es schwieriger, wenn Land und Bund die Kommunen weiterhin allein lassen.

Das Problem sind nicht die Investitionen, das Problem sind die strukturellen Ausgaben, die uns Jahr für Jahr mehr kosten und die wir kaum beeinflussen können. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland führt bei den Kommunen zu erheblich geringeren Einnahmen. Gleichzeitig schlägt der Tarifabschluss wie eine Welle in unseren Stellenplan ein. Die Energie- und Baukosten sind auf einem Niveau, das vor wenigen Jahren noch undenkbar war. Der Leitzins steigt immer weiter und zwingt uns zu immer erheblicheren Mehraufwendungen für Zinsen.

Und dann kommen die Pflichtaufgaben, die wir nicht verweigern können: Wir sind gesetzlich verpflichtet und wollen, ausreichend Kitaplätze schaffen. Wir brauchen zusätzliche Eingangsklassen in unseren Schulen. Die neue Realschule auf dem Annagelände ist unerlässlich, Umbaumaßnahmen an der Marienschule sind zwingend. Die Jugendhilfekosten sind in den vergangenen Jahren dramatisch

gestiegen – von 414 Fällen im Jahr 2015 auf 736 im Jahr 2025. Der Zuschussbedarf allein in diesem Bereich steigt 2026 auf fast 19,5 Millionen Euro. Und die Kosten für die Unterbringung von Personen im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes haben sich vervielfacht – auf über 5 Millionen Euro im Jahr 2026.

Das sind keine politischen Entscheidungen dieser Runde. Das sind Pflichten. Und sie fressen uns auf.

Und auch wenn es unsere angespannte Haushaltslage nicht lindert, sind wir mit unserer Situation nicht allein. Ich habe das vor zwei Jahren bereits in der Haushaltsrede gesagt und ich sage es heute erneut: Die föderale Finanzarchitektur in Deutschland ist aus den Fugen geraten. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat dem Bundestag schwarz auf weiß geschrieben: Das kommunale Finanzierungsdefizit 2024 war mit minus 24,3 Milliarden Euro das schlechteste, das jemals gemessen wurde. In NRW allein betrug das Defizit 2025 rund 9,3 Milliarden Euro. Der NRW-Gemeindekongress 2026 hat es auf den Punkt gebracht: Wir sehen den fatalen Aufprall auf uns zurasen. Das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, bezahlt – wird auf allen Ebenen mit Füßen getreten und das muss sich endlich ändern.

Aber ich will auch fair sein und Anerkennung aussprechen, wo Anerkennung verdient ist. Das Land NRW hat gehandelt. Mit dem Altschuldenentlastungsgesetz übernimmt das Land 24,28 Millionen Euro unserer Liquiditätskredite – das bedeutet rund 400.000 Euro weniger Zinsbelastung pro Jahr. Mit dem NRW-Plan für gute Infrastruktur sparen wir jährlich 1,29 Millionen Euro an Abschreibungen und Zinsen, die wir sonst selbst tragen müssten. Zusammen entlastet die schwarz-grüne Landesregierung unseren Haushalt um rund 1,69 Millionen Euro jährlich. Das ist ein substanzieller Beitrag zur kommunalen Handlungsfähigkeit – und das verdient Anerkennung.

Meine Damen und Herren,

in den vergangenen Tagen haben uns – und alle hier im Saal – Briefe und E-Mails von Bürgerinnen und Bürgern erreicht. Im Halbstundentakt, seit der Artikel in der Aachener Zeitung erschienen ist. Wir haben diese Briefe gelesen und wir nehmen Ihre Sorgen ernst.

Deshalb müssen wir heute aber auch erklären, was hinter den 222 Prozentpunkten steckt, um die der Grundsteuer-B-Hebesatz steigt. Denn dahinter verbergen sich drei völlig unterschiedliche Ursachen.

Erster Schritt – 102 Punkte: Das Finanzamt hat bei zwei großflächigen Haldengrundstücken im Stadtgebiet die Messbescheide zunächst zu hoch angesetzt und dann korrigiert. Halde Noppenberg, Halde Anna. Das Ergebnis: Die Stadt hat 1,16 Millionen Euro weniger eingenommen als geplant. Diese Korrektur musste ausgeglichen werden. Kein Cent mehr steht der Stadt damit zur Verfügung – nur die Kompensation eines Ausfalls durch einen Fehler des Finanzamts.

Zweiter Schritt – 94 Punkte: Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Technische Dienste hat nach Aufstellung des Haushaltsentwurfs einen zusätzlichen Finanzbedarf von rund 1,1 Millionen Euro jährlich ergeben. Straßenunterhaltung, Grünpflege, städtische Dienste – der Zuschuss musste angepasst werden. Dahinter stecken Tarifierhöhungen, gestiegene Bewirtschaftungskosten und ein jahrelanger Sanierungsstau in unserer Stadt. Gerade dieser Teil trägt erheblich dazu bei, dass Straßen in unserer Stadt saniert weiter werden können.

Dritter Schritt – 26 Punkte: Die Gründung der Future Mobility Park Gesellschaft – das interkommunale Gewerbegebiet mit Aldenhoven, Baesweiler, Linnich, dem Kreis Düren und der Städteregion Aachen. Ein 25-Jahres-Projekt, Gesamtvolumen rund 317 Millionen Euro, massiv durch NRW-Strukturmittel gefördert. Alsdorfs Beitrag sind 300.000 Euro jährlich in der Aufbauphase. Das ist eine Investition in die wirtschaftliche Zukunft dieser Stadt. In neue Arbeitsplätze. In neue Gewerbesteuerereinnahmen. In eine Basis, die uns mittel- und langfristig finanziell unabhängiger machen kann.

Meine Damen und Herren,

ich höre in der Debatte immer wieder den Wunsch: Stimmt nicht zu. Lehnt ab. Macht etwas anderes. Diesen Wunsch nehmen wir ernst. Aber dann müssen wir auch erklären, was das konkret bedeuten würde.

Wenn der Rat heute keinen genehmigungsfähigen Haushalt beschließt, befinden wir uns auch weiterhin in der vorläufigen Haushaltsführung. Die Stadt darf dann nur noch ausgeben, was rechtlich zwingend notwendig ist.

Was heißt das konkret? Vereinsförderung wird eingefroren. Kein Fußballverein, kein Turnverein, keine Kultureinrichtung erhält Zuschüsse. Fördermittelanträge können nicht gestellt werden – denn dafür braucht es eine Haushaltsstelle und einen Ratsbeschluss. Das NRW-Infrastrukturgesetz mit seinen 21,43 Millionen Euro für Alsdorf läge auf Eis. Die neue Realschule auf dem Annagelände, der Erweiterungsbau der KGS Begau, das Feuerwehrgerätehaus Hoengen – all das würde verzögert oder gestoppt. Und stellt die Kommunalaufsicht fest, dass Alsdorf keinen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen kann, droht ein pflichtiges Haushaltssicherungskonzept mit Genehmigungsvorbehalt für jeden einzelnen Ausgabenbeschluss. Wer hier heute ablehnt riskiert damit unsere kommunale Selbstbestimmung.

Vor zwei Jahren, beim Haushalt 2024/2025, haben wir als CDU-Fraktion abgelehnt. Damals hatten wir einen konkreten Alternativvorschlag: eine schrittweise Erhöhung der Grundsteuer statt des Schocks von 200 Punkten auf einmal. Wir hatten einen anderen Weg. Einen mit Zahlen hinterlegten, realistischen Weg. Das war damals möglich, weil das Eigenkapital noch Spielraum ließ.

Heute ist das nicht mehr möglich. Das Eigenkapital, das damals noch über 36 Millionen Euro betrug, schmilzt. Es gibt heute keinen Spielraum mehr für Alternativen, die auf Eigenkapitalverbrauch basieren. Und Eigenkapital kann man nur einmal verbrauchen.

Das ist die ehrliche Feststellung: Es ist verdammt schwer – für jeden der hier heute die Hand heben wird.

Meine Damen und Herren,

manchmal verliert man in der Debatte über Steuern und Defizite aber auch den Blick dafür, was mit diesem Geld eigentlich passiert. Was möglich wird. Was sich verändert.

3,5 Millionen Euro für das Feuerwehrgerätehaus in Hoengen, damit unsere Einsatzkräfte Ihren Dienst noch besser leisten können. Die neue Realschule im

Annapark wird fertiggestellt, die Marienschule wird ausgebaut und das Dach der Gesamtschule wird saniert – damit investieren wir in unsere starke Bildungslandschaft. Wir erschließen, sanieren und bauen Straßen aus und leisten damit endlich einen wichtigen Beitrag gegen den Sanierungsstau in unserer Infrastruktur.

Und dann ist da noch vieles mehr: Sanierung der Kita Biberburg. Abenteuer- und Bauspielplatz Hüttenhausen. Erweiterung des Sportplatzes Warden. Radwege entlang der K 10. Ausbau der Jakobstraße. Neue Straßenbeleuchtung. Das Futterhaus im Tierpark. Sanierung von Friedhofswegen. Ein neues Tanklöschfahrzeug. Möbelausstattungen für unsere Schulen. Neue Tennisplätze. Und so vieles mehr.

Von Hoengen bis Kellersberg. Von der Kita bis zum Friedhof. Von der Feuerwehr bis zum Tierpark. Das wird mit diesem Haushalt möglich.

Innerhalb dieses Rahmens haben wir als CDU-Fraktion – gemeinsam mit SPD und FBA – unsere Handschrift eingebracht. Klar und erkennbar. Wir haben uns im Wahlkampf verpflichtet, diese Stadt zu gestalten – und wir messen uns daran, ob wir dieses Versprechen halten.

200.000 Euro fließen mit diesem Haushalt in die Attraktivierung und Mängelbeseitigung unserer 40 Spiel- und Bolzplätze – neue Geräte, generationsübergreifende Angebote, priorisiert durch die Spielplatzkommission. Und weil Kinder nicht nur Nutzer sein sollen, sondern Mitgestalter beziehen wir sie ein. Das war unser Antrag schon 2021 – jetzt wird es Praxis. Dazu kommen 75.000 Euro für verkehrsberuhigende Maßnahmen an allen Spielplätzen – Schwellen, Poller, Beschilderung. Das Konzept liegt fertig vor. Wir setzen es jetzt um.

50.000 Euro gehen in die Innenstadt zur Aufenthaltsqualität: Hochbeete, Sitzmöbel, bessere Beleuchtung an Bahnhofstraße, Denkmalplatz und Zentralparkplatz. Wer abends dort entlanggeht, soll sich sicher fühlen. Und weil Sicherheit nicht durch Ankündigungen entsteht, sondern durch Präsenz entstehen auch zwei neue Stellen im Außendienst des Ordnungsamts.

Im Annapark steht seit einem Jahr eine Outdoor-Fitnessanlage – gut angenommen. Der Planbereich C hat so etwas nicht. Das ändern wir mit 75.000 Euro und unterstützen den Vorschlag der FBA Schritt für Schritt einen Sportpark entstehen zu lassen. Für den Sportplatz Oden stoßen wir die Prüfung an, damit wir auch hier die ersten Schritte der Weiterentwicklung gehen können.

50.000 Euro für ein digitales Bürger- und Planungsportal: Wer wissen will, was auf der Baustelle um die Ecke passiert, soll das online nachsehen können – transparent und digital. Wer einen Schaden melden will, soll das mit drei Klicks tun können. Aachen macht das seit 2022. Alsdorf kann das auch.

Wir bauen ein stadtweites Netzwerk ehrenamtlicher Seniorenlotsen auf – damit kein älterer Mensch in Alsdorf allein vor der Frage steht: Wo bekomme ich Hilfe? Wer kennt sich aus? An wen wende ich mich? Die Lotsen leben im selben Stadtteil, kennen die Beratungsstellen, die Pflegedienste, die Unterstützungsangebote – und zeigen den Weg dorthin. Niedrigschwellig, menschlich, ohne Formulare. Gemeinsam qualifiziert durch die StädteRegion Aachen und die Stadt Alsdorf. Das ist gelebte Gemeinschaft.

Und wir gründen eine Strukturkommission, die nicht nur in den vier Monaten vor der Haushaltsentscheidung den Haushalt und seine Entwicklungen auf den Prüfstand stellt, sondern ganzjährig und regelmäßig. Eine Kommission aus Politik und Verwaltung, die Ideen entwickelt, prüft und priorisiert – damit wir in Alsdorf alles tun, um die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt nicht weiter zu belasten.

Das trägt die Handschrift der CDU. Aber es trägt auch die Handschrift einer Mehrheit, die gemeinsam Verantwortung übernimmt. Denn am Ende geht es nicht darum, wer Recht hat. Es geht darum, was für Alsdorf richtig ist.

Meine Damen und Herren,

wir haben heute einen Haushalt vor uns, der trotz aller Schwierigkeiten konkrete Verbesserungen für die Menschen in Alsdorf bringt. Spielplätze, Schulen, Sicherheit, Sport, Digitalisierung. Das sind keine Parteiprogramme – das sind Projekte für unsere gemeinsame Heimat. Deswegen möchte ich auch die anderen Fraktionen und die Fraktionslosen dazu einladen: Stimmen Sie zu. Übernehmen Sie Verantwortung. Ducken Sie sich nicht weg bei einem Haushalt, der so viele wichtige Dinge anstößt.

Wer heute nicht zustimmt, muss sich fragen lassen: Was ist die Alternative?

Die Grünen schlagen vor, statt der Grundsteuer die Gewerbesteuer zu erhöhen – von 495 auf 599 Prozentpunkte. Das klingt nach einer gerechteren Alternative. Es ist aber keine. Und das sage ich nicht aus politischem Reflex, sondern weil die Zahlen klar sind.

Von jedem Euro Gewerbesteuer verbleiben nach Gewerbesteuerumlage, Städteregionsumlage und Anrechnung auf die Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich gerade einmal 19,7 Prozent in der städtischen Kasse. Von 5,5 Millionen Euro Brutto-Mehrertrag landen netto rund 1,1 Millionen Euro bei der Stadt. Der Rest fließt an Land, Region und in den Finanzausgleich.

Und selbst diese 1,1 Millionen Euro sind nicht sicher und reichen nicht als Ausgleich. Das Gewerbesteueraufkommen schwankte zwischen 2023 und 2025 um über 3,7 Millionen Euro – unabhängig vom Hebesatz. Die Gewerbesteuer ist das volatilste und unzuverlässigste Finanzierungsinstrument, das eine Kommune hat.

Dazu kommt der Standortschaden: Alsdorf läge bei 599 – mit noch einer Steuer - weit über unsere unmittelbaren Nachbarn. Das ist für viele mittelständische Unternehmen eine handfeste Verlagerungsschwelle. Und das ausgerechnet in dem Moment, in dem wir gleichzeitig die Future Mobility Park Gesellschaft gründen und neue Unternehmen in der Region ansiedeln wollen? Das wäre ein direkter Widerspruch zur Wirtschaftsförderungsstrategie dieser Stadt.

Und dann gibt es hier eine Fraktion, die schon Nein zum Haushaltsentwurf gesagt hat, bevor auch nur eine Zahl veröffentlicht war.

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion,

es ist ihr gutes Recht heute diesen Haushalt abzulehnen. Aber wir werden auch nicht unerwähnt lassen, dass sie sich nicht beteiligt haben.

Die AfD ist die einzige Fraktion in diesem Rat, die keinen einzigen inhaltlichen Beitrag zu diesen Haushaltsberatungen geleistet hat. Keinen Fragenkatalog. Keine konstruktiven Anträge mit konkreten Zahlen dahinter. Wir haben über 100 Fragen eingereicht. Die SPD hat Fragen eingereicht. Die Grünen haben Fragen eingereicht. Die FBA hat eingereicht – alle, um zu hinterfragen und an Ideen zu erarbeiten.

Stattdessen stellen sie einen Antrag, der klingt wie Haushaltskritik, aber keine ist. Die Prüfung freiwilliger Leistungen in ausgewählten Bereichen – Klimaschutz, Integration, Migration. Kein einziger Euro ist hier konkret benannt. Kein einziger konkreter Vorschlag. Das ist kein Haushaltsbeitrag. Das ist ein politisches Flugblatt.

Und ich sage das so direkt, weil ich weiß, was jetzt kommt: In den nächsten Wochen wird die AfD durch Alsdorf ziehen und gegen die Steuererhöhung trommeln. Aber die Frage, die wir jedem stellen werden, ist: Was hat die AfD-Fraktion in Alsdorf konkret vorgeschlagen, um diese Steuererhöhung zu verhindern? Die Antwort ist: nichts. Sie hat die Bühne genutzt – die Arbeit haben andere gemacht.

Die CDU-Fraktion hat eine Strukturkommission beantragt, die alles prüft – nicht ideologisch ausgewählte Bereiche, sondern alles. Das ist der Unterschied zwischen Politik und Populismus.

Herr Bürgermeister,

der letzte Teil gilt Ihnen. Die CDU-Fraktion wird heute dem Haushalt zustimmen. Aber diese Zustimmung ist kein Freifahrtschein. Sie ist verbunden mit einem klaren Erwartungshorizont. Bis zum nächsten Haushalt 2028 muss jede Position dieser Stadt hinterfragt werden. Nicht pauschal. Nicht ideologisch. Sondern systematisch – gemeinsam: Verwaltung, Politik und wo möglich auch die Bürgerinnen und Bürger. Die Strukturkommission, die wir heute auf den Weg bringen, ist der Beginn eines Prozesses. Ähnlich wie ihn die Städteregion Aachen vor Jahren schon angestoßen hat – wo nicht nur jeder sagte, was er bei sich einsparen kann, sondern wo auch links und rechts des eigenen Tellerrands Vorschläge gemacht wurden. Wir werden persönlich darauf achten, dass dieser Prozess nicht in einer Schublade verschwindet. Dafür haben wir zu lange gearbeitet und gerungen.

Meine Damen und Herren,

wir beschließen heute einen Haushalt unter schwierigen Vorzeichen. Aber wir beschließen ihn. Denn wenn wir hier nur noch abnicken, wenn wir nur noch verwalten – dann müssen wir uns fragen, wozu wir diese Arbeit hier noch machen. Kommunalpolitik im Ehrenamt ist kein Selbstzweck. Sie ist der Anspruch, etwas zu bewegen.

Was uns alle verbindet – CDU, SPD, FBA –, das ist die Überzeugung: Diese Stadt ist es wert, dass wir uns für sie einsetzen. Auch wenn es unbequem ist. Auch wenn die Entscheidungen schwer sind und deshalb tragen wir heute die Verantwortung.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2026/2027 zu.

Vielen Dank.

Für die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf

Florian Weyand

Fraktionsvorsitzender